

Österreich/Budget/Entwicklungshilfe/Regierung/Reaktionen**Budget: NGOs kritisieren Kürzungen bei Entwicklungshilfe**

Utl.: Caritas: "Vertane Chance für Kurskorrektur" - Schwentner: "Sehe schwarz für EZA" - "Licht für die Welt": Stillstand statt Anstand =

Wien (APA) - Die gestern von der Regierung beschlossenen Kürzungen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit (EZA) haben am heutigen Donnerstag heftige Kritik unter den Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) ausgelöst. Der neue Finanzrahmen für die Jahre 2012 bis 2015 sieht Kürzungen im Außenministerium von etwa 26,4 Millionen Euro vor. Die Entwicklungshilfeorganisationen fürchten, dass diese Einsparungen zu einem Großteil auf Kosten der EZA gehen werden.

Caritas-Präsident Franz Küberl bewertete den Ministerratsbeschluss als "vertane Chance für eine Kurskorrektur bei der Entwicklungszusammenarbeit". "Es ist nicht einzusehen, warum sich in einem 70 Milliarden schweren Haushaltsbudget kein anderer Posten findet, bei dem die knapp zehn Millionen Euro gekürzt werden können, ohne dadurch tausende Menschen im Elend zu lassen", kritisierte der Caritas-Präsident via Aussendung. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass bei Einsparungen im Außenministerium überproportional bei der internationalen Armutsbekämpfung gekürzt werde, so Küberl.

Auch die entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen, Judith Schwentner empörte sich darüber, dass die Kürzungen aus dem Außenministerium zu einem "Großteil aus der 'Manövriermasse der EZA'" bestritten wurden. Dies werde auf künftige so sein. "Ich sehe schwarz für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit," konstatierte Schwentner. Gegenüber der APA hob Schwentner erneut hervor, dass das Budget der staatlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) bis 2014 um ein Drittel (83 Millionen) gekürzt werden soll.

Noch im März hatte Außenminister Michael Spindelegger (V) erklärt, dass Eckpunkte wie Krisenmanagement und Entwicklungshilfe wichtig seien: "Das muss sich in den Zahlen widerspiegeln". Die AG Globale Verantwortung forderte den neuen Vizekanzler deshalb per Aussendung auf, sein "Wort zu halten". Petra Navara-Unterluggauer, Geschäftsführerin der AG, vermisst zudem ein klares Bekenntnis zur Entwicklungszusammenarbeit: "Dieses Vokabel taucht kein einziges Mal auf, einzelne Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit werden punktuell angesprochen."

"Stillstand statt Anstand" in der Entwicklungspolitik ortete auch die Hilfsorganisation "Licht für die Welt". Entwicklungshilfe leiste einen wesentlichen Beitrag zu einer friedlichen, wirtschaftlichen und sozialen weltweiten Entwicklung, betonte Geschäftsführer Rupert Roniger in einer Pressemitteilung. "Die Regierung erkennt nicht, dass eine Investition in die Entwicklungszusammenarbeit eine Investition in die Zukunft von uns allen ist", erklärte Roniger.

Die Regierung hat am Mittwoch im Ministerrat den neuen Finanzrahmen für die Jahre 2012 bis 2015 beschlossen. Dieser legt fest, wie viel Geld in den kommenden vier Jahren maximal ausgegeben werden darf. Der Finanzrahmen enthält allerdings nur die Ausgaben-Obergrenzen für die einzelnen Ministerien, aber keine Budget-Details. Diese werden erst im Herbst fixiert. Im Außenministerium werden 26,4 Millionen Euro eingespart, bis 2015 soll das Budget auf 400,6 Millionen (2011: 427 Millionen) gesenkt werden.

(Schluss) tsc/hf

APA0495 2011-04-28/15:05

281505 Apr 11